

EUROPA ALS SEHNSUCHTSORT

ZUR REGIERUNGSERKLÄRUNG

„Am Sonntag ist die wichtigste Europawahl, die es je gab“, eröffnete



**AM SONNTAG
ENTSCHEIDEN WIR DARÜBER,
OB EUROPA EIN ORT DER
DEMOKRATIE UND
DER FREIHEIT BLEIBT.**

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

Thorsten Schäfer-Gümbel seine Antwort auf die Regierungserklärung von Europaministerin Lucia Puttrich. „Wir alle entscheiden darüber, ob Europa ein Ort der Demokratie, der Freiheit und des

Wohlstands bleibt“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende. Er warnte davor, Europa in die Vergangenheit zurückfallen zu lassen, wie es die Rechtspopulisten vorhätten. Deshalb müsse am 26. Mai pro-europäisch und am besten sozialdemokratisch gewählt werden. Es gehe um die konkrete Ausgestaltung Europas. Denn: „Europa ist nicht perfekt.“ Beispielsweise litten Paketzusteller europaweit unter Lohndumping. „Wir brauchen ein soziales Europa mit Mindestlöhnen, die nicht überall gleich sind, aber von denen die Menschen in jedem Land gut leben können“, erklärte Schäfer-Gümbel dazu. Außerdem müsse endlich dafür gesorgt werden, dass jene, die in Europa Geschäfte machen, hier auch Steuern zahlen. Europa sei ebenso die Ant-

wort auf Klimafragen, denn Klimaschutz mache nicht an nationalen Grenzen halt. Klimaschutz gehe nur in und mit Europa. „Wir wollen, dass Europa der innovativste und nachhaltigste Wirtschaftsraum der Welt wird“, so Thorsten Schäfer-Gümbel. Vor allem aber sei Europa ein Friedensprojekt. Im Hinblick auf den von Trump und Putin aufgekündigten INF-Vertrag, mahnte Schäfer-Gümbel: „Wir unterschätzen oft, wie viel Europa in der Welt erreichen kann, wenn wir zusammenhalten. Wir müssen die Ärmel hochkrempeln und eine europäische Antwort für mehr Frieden und Abrüstung finden.“ Europa sei für Millionen Menschen ein Sehnsuchtsort, weil es hier Frieden, Freiheit und Sicherheit gebe. „Auch für die Europäerinnen und Europäer selbst, muss Europa wieder ein Sehnsuchtsort werden.“

INKLUSIVES WAHLRECHT

In der Debatte zum SPD-Gesetzentwurf, der die Einführung eines inklusiven Wahlrechts in Hessen vorsieht, forderte Lisa Gnadl erneut ein Wahlrecht für vollbetreute Menschen. „Es wird Zeit, dass wir ein inklusives Wahlrecht bekommen“, sagte die sozialpolitische Sprecherin. Die bisherigen Wahlrechtsausschlüsse von rund 7.000 Menschen in Hessen kritisierte die stellvertretende Vorsitzende als

schwerwiegende Eingriffe in die Bürgerrechte. Das Bundesverfassungsgericht hatte am 29. Januar beschlossen, dass diese gegen den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl und das Verbot von Benachteiligungen aufgrund von Behinderung verstießen. „In Hessen hätten wir schon vor der Landtagswahl das Wahlrecht ändern können, aber CDU und Grüne haben das verschleppt“, kritisierte Gnadl.



Deswegen habe die SPD einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, um den Druck zu erhöhen. Dies sei nun gelungen, eine zeitnahe Umsetzung sehe allerdings anders aus.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

PAKETBOTEN VOR LOHNDUMPING SCHÜTZEN



„Der Paketmarkt hat ein großes Umsatzplus zu verzeichnen“, eröffnete der arbeitsmarktpolitische Sprecher Wolfgang Decker die Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion. Dieses Wachstum werde jedoch zum Großteil auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Man dürfe nicht länger zuschauen, wenn in Teilen der Branche skandalöses Lohndumping und Sozialbetrug stattfänden. „Wer Arbeit auslagert, muss für die Einhaltung von Gesetzen und guten Arbeitsbedingungen verantwortlich bleiben“, begrüßte er den Vorstoß von Bundesarbeitsminister Heil, eine Nachunternehmerhaftung für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge im Bereich der Paketdienste einzuführen.

ZUR EINFÜHRUNG EINER CO2-STEUER

„Eine CO2-Steuer ist dann sinnvoll, wenn der größte Teil der Steuer an die Bürger zurückgegeben wird“, sagte Gernot Grumbach in der Aktuellen Stunde, die die FDP beantragt hatte, um sich gegen die Einfüh-



rung einer CO2-Steuer einzusetzen. Wer es sich leisten könne, ein großes Auto zu fahren, der solle in Zukunft auch mehr zahlen müssen, als diejenigen, die kleinere Autos fahren, forderte Grumbach. Klar sei allerdings, dass die SPD nur mitmache, wenn das Konzept einer CO2-Steuer nicht zu einer realen Mehrbelastung der Menschen führe. Eine CO2-Steuer solle für mehr Gerechtigkeit und mehr Umweltschutz sorgen.

MOBILITÄT BRAUCHT INNOVATION

In der Aktuellen Stunde der Fraktion DIE LINKE zu den Taxi-Protesten in Hessen forderte der verkehrspolitische Sprecher Tobias Eckert mehr Innovationen im Bereich der Mobilität, einen fairen Wettbewerb und gute Beschäftigung. „Modernisierung darf nicht nur den Gewinnen von Unternehmen wie Uber dienen“, sagte Eckert. Neue, plattformbasierte digitale Mobilitätsangebote bräuchten eine rechtssichere Grundlage. Sie könnten eine Ergänzung von ÖPNV und Taxis sein. Die digitale Vernetzung könne mehr Mobilität für Menschen bei einer effizienteren, umweltfreundlicheren Organisation ermöglichen.

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

„Es ist schwer zu verstehen, warum bei vielen Menschen die Rente nicht ausreicht, gleichzeitig aber Konzerne Milliarden an Steuergeldern vermeiden oder hinterziehen“, sagte Sabine Waschke



am Donnerstag. Aus diesem Grund fordere die SPD eine Grundrente, die auch über eine europäische Finanztransaktionssteuer finanziert werden solle. „Damit beweist man den Menschen, dass sie sich auf ein Kernversprechen des Sozialstaats verlassen können“, betonte die europapolitische Sprecherin. Wer jahrzehntelang in die Rentenkasse einzahle, solle im Alter auch abgesichert sein und Großkonzerne müssten ihre Steuern fair bezahlen, schloss sie.



MOBILITÄT UND UMWELT ZUSAMMENDENKEN

Eine nachhaltige Verkehrswende forderte Knut John in der von Bündnis 90/Die Grünen beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Hessen als Pionier nachhaltiger Mobilität“. „Mobilität von morgen muss Verkehrs- und Umweltpolitik zusammendenken“, so John. Nur eine intelligente Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger könne die Schadstoffemissionen deutlich reduzieren. „Die Entwicklung der Preise für die Nutzung der unterschiedlichen Mobilitätsangebote widerspricht dem Umweltgedanken“, kritisierte John. So hätten sich die Kosten für die Nutzung des Autos in zehn Jahren um 25 Prozent erhöht, die Fahrpreise für Busse und Bahnen aber um 45 Prozent. Deshalb sei eine Steuerung durch die Politik unabdingbar.



EINFÜHRUNG EINER IMPFPFLICHT

LANDTAG DEBATTIERT SPD-ANTRAG

„Impfen ist die sicherste Methode, um Krankheiten wie Masern zu vermeiden und endlich auszurotten“, begründete Dr. Daniela Sommer den SPD-Antrag zur Einführung einer Impfpflicht. „Die Masern sind hochansteckend und können schlimmstenfalls tödlich verlaufen“, so die gesundheitspolitische Sprecherin. Deshalb müsse für eine sogenannte Herdenimmunität gesorgt werden. Das bedeutet, dass so viele Menschen durch Impfung gegen die Masern immun sind, dass ein Ausbruch der Krankheit nicht mehr möglich ist. Beispielsweise die Pocken seien



mit Impfungen bereits ausgerottet worden. Dies sei vor allem für Menschen wichtig, die aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden könnten. Sommer kritisierte gleichzeitig die lange

Zeit unentschlossene Haltung von Gesundheitsminister Klose. Der kleinen Gruppe von Impfkritikern könne man zwar eine auf Fakten gestützte Aufklärungskampagne entgegensetzen, das helfe jedoch nichts, wenn aus einer medizinischen Frage eine ideologische gemacht werde. „Wir fordern, dass die Impfung gegen Masern für alle Kinder in Kita und Schule, sowie



**FÜR DEN HERDENSCHUTZ
BRAUCHT ES EINE
IMPFQUOTE VON 95%.
DIESE WIRD IN HESSEN
NICHT ERREICHT.**

für alle Beschäftigten in Kinderbetreuungsstätten, Schulen und Gesundheitseinrichtungen zur Pflicht wird“, sagte Sommer. Rechtlich sei eine Impfpflicht wegen ihrer hohen Bedeutung des Gesundheitsschutzes für alle Menschen vertret- und durchsetzbar.

ENTTÄUSCHENDER NACHTRAGSHAUSHALT

SCHWARZ-GRÜN OHNE GESTALTUNGSWILLEN

Den von Schwarz-grün vorgelegten Nachtragshaushalt für das Jahr 2019 bezeichnete Marius Weiß als einzige Enttäuschung. „Sieht man von den zusätzlichen Mitteln ab, die für das neu geschaffene Digitalministerium und für den um 27 Abgeordnete vergrößerten Landtag eingestellt wurden, gibt es keinerlei politischen Gestaltungswillen“, so der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Von den Investitionen und Innovationen, die im Koalitionsvertrag angekündigt wurden, sei nichts zu finden. Auch für die Tilgung von Altschulden seien keine Gelder bereitgestellt worden, obwohl das



ohne weiteres möglich gewesen sei. „Im Ursprungsentwurf waren trotz bester wirtschaftlicher Rahmenbedingungen lediglich 100 Millionen Euro zur Tilgung der 45 Milliarden Euro Altschulden vorgesehen. Das ist so, als wenn man eine Seite aus einem Telefonbuch ausreißt“, erklärte Weiß. Im Nachtragshaushalt sei zwar von Haushaltsverbesserungen von rund 500 Millionen Euro die Rede, davon gehe jedoch nicht ein Cent in zusätzliche Schuldentilgung. Das sei das Gegenteil von generationengerechter und nachhaltiger Haushaltspolitik. „Damit kann der schwarz-grüne Nachtragshaushalt weder die Wahlversprechen einhalten, noch zeigt er Ansätze für Investitionen in wichtige Projekte“, schloss Marius Weiß.

INTERNETKRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

„Zur Bekämpfung von Internetkriminalität braucht es eine gute Personalausstattung“, so Gerald Kummer. In der Plenardebatte waren die Ermittlungserfolge der hessischen Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) hervorgehoben worden. „Die ZIT ist eine Ausnahme: Von deren Personalausstattung können die meisten Bereiche der hessischen Justiz nur träumen“, kritisierte der rechtspolitische Sprecher. Das mindere nicht die Erfolge der ZIT, zeige aber, wie wichtig Personalausstattung sei. „Schwarz-Grün hat zu lange geschlafen. Die hessische Justiz muss endlich so ausgestattet werden, dass sie Verbrechen erfolgreich bekämpfen kann“, schloss Kummer.



BEAMTE AN EINKOMMENSENTWICKLUNG BETEILIGEN

In der Debatte über den Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung bezeichnete Günter Rudolph die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten als selbstverständlich und kritisierte CDU und Grüne dafür, dass sie sich für diese Selbstverständlichkeit feiern ließen. In den vergangenen Jahren waren hessische Beamtinnen und Beamte sehr geringen Besoldungserhöhungen oder gar Nullrunden ausgesetzt gewesen. „Das was wir jetzt erleben, ist lediglich die Rückkehr zur Normali-



tät“, so der Parlamentarische Geschäftsführer Rudolph. Die SPD fordere seit vielen Jahren, dass auch hessische Beamte an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben – auch um dem Nachwuchsmangel endlich entgegenzuwirken. „Im Übrigen ist eine angemessene Besoldung auch eine Frage der Wertschätzung der geleisteten Arbeit“, sagte Rudolph. Hessen müsse dringend daran arbeiten, als Arbeitgeber wieder wettbewerbsfähig zu werden. Schließen könne der Gesetzentwurf die Besoldungslücken der letzten Jahre nicht.

JURISTENAUSBILDUNG

„Seit Jahren prangert die Vertretung der hessischen Rechtsreferendare die Ausbildungsbedingungen an“, sagte Heike Hofmann in der Debatte um den von CDU und Grünen vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes. Warnungen, vor allem die einer zu geringen Personalauswahl, seien beharrlich ignoriert worden. Nun müsse die Juristenausbildung endlich aufgewertet werden, denn die freie Wirtschaft locke mit besserer Bezahlung und attraktiven Jobs.



OPEL MUSS VERANTWORTUNG GERECHT WERDEN

OPELANER IN WIESBADEN



„Über 150 Jahre Ausbildung, brauchen auch über 150 Auszubildende“, forderten die jungen Opelner am Plenar-Donnerstag in Wiesbaden. Nachdem Opel und PSA bereits im Jahr 2018 die Azubistellen drastisch gesenkt hatten, plant der Konzern auch für 2019 weniger als halb so viele Stellen wie üblich. „Kehren Sie um“, wendete sich Thorsten Schäfer-Gümbel bei der Demo an das Management von

Opel und PSA und forderte es auf, der Verantwortung des Konzerns gerecht zu werden und die Ausbildung wieder zu stärken. Dazu haben die Fraktionen der SPD und DIE LINKE einen gemeinsamen dringlichen Antrag in den Landtag eingebracht. Darin fordern sie, dass sich Opel und PSA zu der Verantwortung für nachfolgende Generationen und die Region bekennen.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Gert-Uwe Mende (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Gerfried Zluga, Christoph Gehring,
Martina Häusl-David